

Peter Hintze:

Von der Regierungsfähigkeit ist die SPD noch weit entfernt

Vom Sonderparteitag der SPD geht ein zwiespältiges Signal aus. Zum einen ist zu begrüßen, daß die SPD endlich ihre bisherige Wirklichkeitsverweigerung in der Asylfrage aufgegeben hat. Auf dem Weg zu einer von der CDU seit langem geforderten Änderung des Asyl-Artikels im Grundgesetz hat die SPD einen ersten, freilich noch unzureichenden Schritt getan. Darüber hinaus zeigen die übrigen Beschlüsse des Sonderparteitages, daß die SPD auch in vielen anderen Politikbereichen noch ihre ideologischen Scheuklappen ablegen muß.

Die Vorschläge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik belegen, daß die SPD auf diesem Gebiet ohne jede Kompetenz ist. Ihre Vorschläge bedrohen die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes und damit den weiteren Aufbau im Osten. Außenpolitisch hat sich die SPD erneut als unfähig erwiesen, der größeren internationalen Verantwortung Deutschlands gerecht zu werden. Mit diesem Parteitag hat die SPD die von ihr beschworene Regierungsfähigkeit nicht unter Beweis gestellt.

1. Für die Menschen in Deutschland ist es erfreulich, daß die SPD in der Asylfrage endlich auf die Argumente der CDU eingeht und die Bereitschaft zu einer Änderung des Grundgesetzes erklärt hat. Es kommt jetzt entscheidend darauf an, daß die Bundestagsfraktion der SPD sich einen ausreichenden

(Fortsetzung nächste Seite)

HEUTE AKTUELL

● SPD

Asylbeschluß reicht noch nicht aus. Seite 3

● Konjunktur

Wachstumskräfte mobilisieren/
Lehren aus dem Gutachten der
Sachverständigen. Seite 5

● Innere Sicherheit

Sofortprogramm gegen Extremismus und Ausländerhaß.
Seite 7

● Bundeswehr

Bericht von einer Forumsveranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Seite 9

● Europa

Die Athener Erklärung/Bericht vom 9. Kongreß der EVP.
Seite 13

● Neue Bundesländer

Renten steigen um 6,1 Prozent.
Seite 18

● Öffentlichkeitsarbeit

Neuvorstellung von Weihnachtswerbemitteln. Seite 23

(Fortsetzung von Seite 1)

politischen Spielraum verschafft, um eine wirklich durchgreifende Lösung mit der Regierungskoalition vereinbaren zu können. Mit dem Wortlaut des SPD-Parteitagbeschlusses wird dies nicht möglich sein. Die Asylbestimmungen im Grundgesetz müssen so geändert werden, daß der Staat wirksame Instrumente gegen den Asylmißbrauch an die Hand bekommt. Ein Festhalten am unbeschränkten Individualgrundrecht und einer Rechtswegegarantie, verbunden mit einem Bleiberecht auch bei offensichtlich völlig unbegründeten Anträgen, könnte den Mißbrauch des Asylrechts nicht wirksam beheben.

Ich fordere die Bundestagsabgeordneten der SPD auf, in dieser Frage ihrem Gewissen verantwortlich zu bleiben und zu einer wirksamen Grundgesetzänderung beizutragen.

2. Die Beschlüsse der SPD zum Aufbau Ost und zur Verteilung der damit verbundenen Lasten erweisen sich bei näherer Betrachtung als Mogelpackung. Hier werden Forderungen aufgestellt und Versprechungen gemacht, die zweistellige Milliardenbeträge zusätzlich erfordern, ohne daß ein Weg zur soliden Finanzierung aufgezeigt würde. Die SPD erweckt den Eindruck, eine andere Verteilung der Lasten sei der Schlüssel zur Lösung der gesamtstaatlichen Finanzierungsprobleme. Tatsache ist, daß die von der SPD geplante Arbeitsmarkt- und Ergänzungsabgaben nur dann das von der SPD zur Verteilung vorgesehene Finanzvolumen erbringen, wenn nicht nur die sogenannten „Besserverdienenden“, sondern vor allem auch die durchschnittlich verdienenden Facharbeiter belastet werden.

Es bleibt ein Geheimnis der SPD, wie sie im Rahmen ihres Sofortprogramms die Wirtschaft zusätzlich belasten und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutsch-

land sichern will. Nach den jüngsten Konjunkturprognosen müßte auch der SPD klar sein, daß derartige Belastungen der Wirtschaft den Aufbau der neuen Bundesländer nachhaltig gefährden würden.

3. Die vor dem Parteitag angekündigte Wende der SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik hat sich als eine Wende um 360 Grad erwiesen. Die SPD ist über ihre alten Beschlüsse nicht hinausgekommen. Nach wie vor beanspruchen die Sozialdemokraten eine deutsche Sonderrolle bei der Wahrnehmung internationaler Verantwortung. Die dogmatische Haltung der SPD würde Deutschland im Rahmen der Völkergemeinschaft in die Isolation treiben und all jene Kräfte schwächen, die sich für wirksame Instrumente gegen Verletzungen des Völkerrechts einsetzen.

Die wichtigsten Beschlüsse des Düsseldorfer Parteitages

- **Wir gewinnen mit Europa.**
Beschlüsse zur Europapolitik.

Bestell-Nr. 5559.

Mindestabnahme: 50 Exemplare.

Preis je Mindestabnahme: 14,— DM.

- **Gemeinsam handeln für Deutschland: Vorfahrt für den Aufbau Ost.**
Mit der Einführungsrede von Wolfgang Schäuble.

Bestell-Nr. 5560.

Mindestabnahme: 50 Exemplare.

Preis je Mindestabnahme: 14,— DM.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328
4804 Versmold, Fax (054 23) 4 15 21

Preise zuzüglich MwSt. inklusive Versand

SPD-Asylbeschluß reicht nicht aus

Zu dem Asylbeschluß der SPD auf ihrem Sonderparteitag erklären Bundesinnenminister Rudolf Seiters und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble: Der nach langem Zögern zustande gekommene Beschluß der SPD ist zur Lösung des Asylproblems nicht ausreichend, aber ermöglicht endlich Gespräche mit der Opposition über eine Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes. Dabei geht es darum, Artikel 16 durchgreifend zu ändern, um das Asylproblem wirksam in den Griff zu bekommen. CDU/CSU hatten schon vor Jahren die Änderung der Verfassung gefordert und Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die SPD ist damals — trotz der bekannten Mißstände — nicht darauf eingegangen.

Es kommt nun darauf an: Wir müssen gemeinsam das dringendste innenpolitische Problem nachhaltig lösen. Es geht dabei nicht an, zu Formelkompromissen oder Scheinlösungen zu gelangen. Für die anstehenden Verhandlungen der Fraktionen müssen die frei gewählten SPD-Abgeordneten die ihnen nach der Verfassung zustehenden Freiräume und Verhandlungsspielräume nutzen. Sie dürfen nicht auf den Buchstaben des SPD-Beschlusses verpflichtet sein. Nur auf diese Weise ist gemeinsam eine wirksame Änderung zu erreichen.

Wir stellen noch einmal fest, daß die Positionen von CDU/CSU und SPD auseinanderklaffen. Verhandlungsbasis für uns ist die Entschließung der Regierungskoalition:

● Schnelle Entscheidung für tatsächlich politisch Verfolgte, und zwar in einem Verfahren, wie es die Genfer Flüchtlingskonvention ermöglicht.

- Kein Anreiz für nicht politisch Verfolgte, u. a. Wirtschaftsflüchtlinge, zu uns zu kommen.
- Schnelle Rückführung von Asylbewerbern, die unter vorgeschobenen Gründen unsere Rechtsordnung ausnützen.
- Kurzfristige Abweisung von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern oder sicheren Drittstaaten oder bei denen der Mißbrauch des Asyls offenkundig ist.
- Rechtsschutz in offensichtlich aussichtslosen Fällen nur vom Ausland her. Die SPD muß in den anstehenden Verhandlungen bereit sein, die offenkundigen Schwachstellen und Widersprüche in ihrem Beschluß zu beseitigen:
- Ein Festhalten der SPD am unbeschränkten Individualgrundrecht und bisherigen Rechtsschutzverfahren verhindert jede wirksame Lösung.
- Unser Asylrecht muß europatauglich werden, sonst bleibt Deutschland Ziel des Asylbewerberzustroms.
- Eine volle Teilhabe an den Abkommen von Schengen und Dublin ist bei wörtlicher Einhaltung des SPD-Beschlusses weiterhin nicht möglich.
- Der Widerstand der SPD gegen Länderlisten verhindert die notwendige Verfahrensbeschleunigung. Nur mit Hilfe von Listen mit verfolgungsfreien Staaten wird es möglich sein, Asylbewerber mit offensichtlich aussichtslosen Anträgen rasch in ihre Heimat zurückzuführen.
- Kriminelle Ausländer müssen schnell abgewiesen und abgeschoben werden können. Unsere Bevölkerung hat keinerlei Verständnis, wenn solche Ausländer unter dem Deckmantel des Asylrechts zu uns kommen oder sich gar lange bei uns aufhalten können.

Organisierte Kriminalität soll durch EUROPOL besser bekämpft werden

Die Kriminalität nimmt in Deutschland beständig zu. Alarmierend ist vor allem, daß die aktuelle Entwicklung von organisierter Kriminalität geprägt ist. Ihre internationale Verflechtung stellt die Polizei bei der Verbrechensbekämpfung vor schwer lösbare Aufgaben. Die Bekämpfungsmaßnahmen werden häufig durch eine immer noch schwerfällige internationale polizeiliche Zusammenarbeit beträchtlich eingeengt.

Deshalb hat die Bundesregierung im Juni 1991 vorgeschlagen, zum Kampf gegen den internationalen Drogenhandel und das organisierte Verbrechen eine Europäische Kriminalpolizeiliche Zentralstelle einzurichten. Der Europäische Rat hat sich daraufhin im Dezember 1991 in Maastricht auf die Einrichtung von EUROPOL geeinigt. EUROPOL soll durch Informations- und Erfahrungsaustausch die nationalen Strafverfolgungsbe-

hörden, insbesondere bei der Koordination von Ermittlungen und Fahndungen unterstützen, Informationsdateien aufbauen und gesamteuropäische Präventionsstrategien entwickeln. Am 1. September 1992 hat der Aufbaustab EUROPOL unter deutscher Leitung seine Arbeit in Straßburg aufgenommen.

Gravierende Auswirkungen auf die Kriminalität in Zentraleuropa hat die mit der politischen Entwicklung in den Staaten Osteuropas einhergehende Durchlässigkeit der Grenzen. Die Bundesregierung hat deshalb mit Ungarn, der CSFR, Polen und Bulgarien Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Rauschgiftkriminalität, des Terrorismus und der illegalen Einschleusung von Personen geschlossen. Weitere Abkommen, insbesondere mit den westlichen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, sind in Vorbereitung.

SED-Unrecht wird bereinigt

Am 4. November 1992 ist das Erste Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht in Kraft getreten. Das Gesetz vereinfacht das Wiedergutmachungsverfahren und verbessert die Haftentschädigung. Gegenüber der bisher geltenden Rechtslage wird der Kreis der Personen erweitert, die mit Aussicht auf Erfolg eine Rehabilitierung beantragen können.

Dies gilt etwa für aktive Widerstandskämpfer, wie beispielsweise die Teilnehmer an den Demonstrationen des 17. Juni 1953. Auch Wehrdienstverweigerer sowie

Personen, die in der DDR wegen des Vorwurfs nachrichtendienstlicher Tätigkeit für westliche Dienste verurteilt worden sind, werden jetzt einbezogen. Frühere Urteile können nach dem neuen Gesetz aufgehoben werden, wenn sie politischer Verfolgung gedient haben.

Wer wegen seiner politischen Gesinnung in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen wurde, kann jetzt ebenfalls rehabilitiert werden. Der Antrag auf Rehabilitation muß beim zuständigen Bezirks- oder Landesgericht bis zum 31. Dezember 1994 gestellt werden.

Matthias Wissmann:

Wachstumskräfte mobilisieren

Das Gutachten des Sachverständigenrats ist alarmierend. Die Antwort auf die kritische konjunkturelle Lage kann nur in einer wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie bestehen, deren Hauptziel darin besteht, den Abschwung der westdeutschen Wirtschaft aufzufangen und den Aufschwung im Osten weiter zu beschleunigen. Hierzu müssen alle Akteure der Wirtschaftspolitik — Gewerkschaften, Unternehmen und Politik — einen substantiellen Beitrag leisten.

Wer sich dieser Aufgabe versagt, setzt — so die Gutachter zu Recht — das „wirtschaftliche Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands“ aufs Spiel; die Folgen für den sozialen Frieden in Deutschland sowie die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa wären nicht auszu-denken. Die Zeit ordnungspolitischer „Lippenbekenntnisse“ und verteilungspolitischer „Einkaufslisten“ sind angesichts der ersten Lage zu Ende.

Es gilt, jetzt alle Wachstumskräfte zu mobilisieren, um das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu bringen bzw. zu beschleunigen. Im Vordergrund steht dabei der **Abbau von Investitionshemmnissen** in ganz Deutschland:

- Zum bedeutendsten Investitionshindernis hat sich zwischenzeitlich die **Lohn- und Tarifpolitik** entwickelt. Der „Standort Deutschland“ kann es sich nicht mehr leisten, überzogene Lohn- und Tarifforderungen mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Wirtschaftswachstum zu bezahlen. Den Tarifparteien kommt daher für die weitere konjunkturelle Entwicklung die „Schlüsselrolle“ zu. Es ist von herausragender gesamtstaatlicher

Bedeutung, daß die Tarifparteien im Rahmen der Gespräche zum „Solidar-Pakt“ den Weg für eine moderate und flexible Tarif- und Lohnpolitik in den kommenden Jahren freimachen.

- Die Gutachter weisen zu Recht auf die Bedeutung der **Konsolidierung der öffentlichen Finanzen** als zentrale Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum hin. Darüber hinaus brauchen wir jedoch wieder eine offensive und dynamische Wirtschaftspolitik.

Das Bundeswirtschaftsministerium muß wieder eine ordnungspolitische „Leuchtturmfunktion“ übernehmen und seine Politik in den Dienst der Sicherung des Standorts Deutschland stellen. Den sich abzeichnenden strukturellen und konjunkturellen Risiken muß ein **investitionsfreundliches Klima** entgegengesetzt werden.

„**Weniger Staat — mehr Wettbewerb und Markt**“ — zählt dabei zu den vordringlichen Daueraufgaben gesamtdeutscher Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre. An erster Stelle stehen dabei weitere Schritte zum Abbau von Investitionshemmnissen durch **Deregulierung** und **Entbürokratisierung**.

Eine bedeutende Rolle bei der Rückführung des staatlichen Sektors spielt ferner der gesamte Bereich der **Privatisierungen**. Dabei geht es nicht nur um die Privatisierung bundesdeutscher Staatsbetriebe und Unternehmensbeteiligungen. Wir brauchen vielmehr eine breit angelegte **Entstaatlichungspolitik**, die sämtliche Bereiche des öffentlichen Sektors in Bund, Ländern und Gemeinden auf den „Prüfstand“ stellt.

Die Privatisierung staatlicher Aufgaben-

Zitat

Wir brauchen den Solidarpakt

Das gestern veröffentlichte Jahresgutachten des Sachverständigenrates hat nochmals deutlich gemacht, daß am Ende des Jahres 1992 erhebliche Unsicherheiten über den weiteren Gang der Wirtschaft bestehen.

Die Warnsignale für die wirtschaftliche Entwicklung sind nicht zu übersehen. Jetzt kommt es darauf an, die Wachstumskräfte, die wir zum weiteren Aufbau in den neuen Bundesländern brauchen, zu mobilisieren.

Was wir dringend bewerkstelligen müssen, ist ein Solidarpakt für Deutschland. Mehr denn je brauchen wir das offene und konstruktive Gespräch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Wirtschaft und Gewerkschaften, Unternehmen und Tarifpartnern.

Ich bin mir sicher, daß wir unsere ehrgeizigen Ziele erreichen können, wenn sich jetzt jeder zu seiner Verantwortung bekennt und jeder dazu bereit ist, seinen Teil zu diesem Solidarpakt beizutragen. Ziel bleibt es, einen nachhaltigen Aufschwung in den neuen Bundesländern zu schaffen und gleichzeitig den Wohlstand in den alten Bundesländern zu sichern.

Helmut Kohl anlässlich eines Besuches in Schwerin am 17. November 1992.

bereiche schafft nicht nur Freiräume für private unternehmerische Initiativen; sie hat auch große Bedeutung für die Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Die Monopolkommission rechnet bei durchgreifender Privatisierung mit Erlösen in der Größenordnung eines dreistel-

Westdeutsche Firmen besser als ihr Ruf

Die Leistungen westdeutscher Unternehmen beim Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft in den neuen Bundesländern werden nach Ansicht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln häufig unterbewertet. Das gleiche gelte für den Beitrag der Unternehmen zur Finanzierung des staatlichen West-Ost-Transfers.

Allein 1991 seien von Firmen der alten Bundesländer über 25 Milliarden DM in Ostdeutschland investiert worden. Im laufenden Jahr sollen es 45 Milliarden DM sein. Für 1993 gehen die IW-Schätzungen von 54 Milliarden DM aus.

Damit entfalle ein wesentlicher Teil der getätigten Investitionen auf das Konto von Unternehmen aus den alten Bundesländern. Ausländische, westdeutsche und ostdeutsche Firmen (ohne Wohnungsbau) hätten 1991 zusammen 57 Milliarden DM in den neuen Bundesländern angelegt. Für das laufende Jahr werden rund 80 Milliarden DM prognostiziert.

Zu DDR-Zeiten bezogen der westdeutsche Handel und die Industrie jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von sechs bis acht Milliarden DM aus Ostdeutschland. Diese Größenordnung wird heute nach IW-Berechnungen schon in einem Quartal erreicht. 1991 kauften westdeutsche Unternehmen für 38 Milliarden DM in den neuen Bundesländern ein. Allein im ersten Halbjahr 1992 waren es bereits 27 Milliarden DM.

ligen Milliardenbetrages. Das Spektrum potentieller Privatisierungsbereiche ist breit. Ein großes, bisher weitgehend ungenutztes Potential liegt dabei insbesondere in dem gesamten Bereich der **Infrastruktur** (z. B. Abwasserbeseitigung, Personennahverkehr, Autobahnen).

Rudolf Seiters:

Sofortprogramm zur Bekämpfung des Extremismus und Ausländerhasses

Nach vorliegenden Zählungen sind seit Anfang dieses Jahres mehr als 1.600 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation registriert worden; davon ca. 1000 Gewalttaten in den alten Bundesländern. In 11 Todesfällen wird ermittelt. Etwa ein Drittel der Gewalttaten waren Brand- und Sprengstoffanschläge (ca. 550). Über 60 vermutlich rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten richteten sich gegen politische Gegner. Aber auch die über 600 Gewalttaten von Linksextremisten müssen angesprochen werden, davon ein Todesfall und 87 Brand- und Sprengstoffanschläge. Fast 200 Gewalttaten von Linksextremisten richteten sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten.

Wer Gewalt und Terror ausübt, Häuser in Brand setzt, Ausländerhaß schürt, muß mit der vollen Härte des Rechtsstaates zur Verantwortung gezogen werden. Hier darf es keine falsche Zurückhaltung geben. Erst recht darf es keinen klammerheimlichen oder gar offenen Beifall für die Gewalttäter geben.

Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Extremismus kann nicht allein von Polizei und Justiz geführt werden. Wir brauchen in Deutschland verstärkte Anstrengungen aller Kräfte mit dem Ziel, extremistische Gewaltpotentiale, insbesondere unter jungen Menschen, schon im Keim zu unterbinden. Neben einer gesamtgesellschaftlichen Aufklärungskampagne ist es ebenso notwendig, durch die Erziehung

in den Familien sowie durch die pädagogische Arbeit in der Schule, in Vereinen und in Jugendverbänden klare Werte und Normen zu vermitteln. Auch die Medien tragen hier insofern eine große Verantwortung.

Im Rahmen der Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit führt das Bundesministerium des Innern Vorhaben durch:

- Erstellung eines Schülerheftes und einer Lehrerhandreichung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Jugend & Bildung e.V. mit einer Auflage von 500.000 bzw. 111.000 Exemplaren. Diese Hefte werden Mitte Dezember verfügbar sein.
- Anzeigenschaltung in verschiedenen Jugendzeitschriften. Ziel dieser Anzeigenkampagne ist es, den Jugendlichen eine klare Orientierung in Richtung Toleranz und Demokratie zu geben. Gewalt kann und darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Diese Aktion wird u. a. von prominenten Musikern unterstützt und hat bereits ein sehr positives Echo über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.
- Veranstaltung von Seminaren mit Multiplikatoren aus den Bereichen der Jugendpresse, der Lehrerfortbildung, der Jugend- und Sozialarbeit etc.
- Erstellung von Broschüren zum Thema „Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Alle diese Einzelmaßnahmen sind Bestandteil eines umfassenden Sofortprogramms. Ziel dieses Sofortprogramms ist u. a. die Aufklärung über den Extremismus und seine Gefahren, über Fremden-

feindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus als Element rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda.

Besonders erschreckend ist der hohe Anteil der Jugendlichen an den gewalttätigen Auseinandersetzungen. 80 Prozent der festgenommenen Tatverdächtigen sind zwischen 14 und 20 Jahren. Wir müssen diesen Jugendlichen, die oftmals aus dem Gefühl der Unsicherheit, der fehlenden Orientierung, der vermeintlichen Perspektivlosigkeit handeln, eine Orientierung hin zu unserer Gesellschaft, für die Zukunft geben.

Angesichts der hohen Zahl an Gewalttaten sind rechtsstaatliche Stärke und Besonnenheit gefordert. Deshalb muß auch unvoreingenommen geprüft werden, welche rechtsstaatlichen Mittel zusätzlich nötig sind, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und vorbeugend zu wirken gegen jede Art von Extremismus, Kriminalität und Gewalt.

Notwendig ist die weitere Intensivierung der Aufklärung gewalttätiger und gewaltfördernder Bestrebungen. Dazu gehört neben der ausreichenden Zahl von Polizeibeamten auch ein rechtlich und tatsächlich ausreichend ausgestatteter Verfassungsschutz bei Bund und Ländern. Der Verfassungsschutz muß sein Augenmerk neben der Beobachtung linksextremistischer Entwicklungen verstärkt auf rechtsextremistische und gewalttätige ausländerfeindliche Entwicklungen richten. Für das Bundesamt ist ein Konzept entwickelt worden, um die Arbeitseinheiten zu verstärken, die den Rechtsextremismus beobachten. Zur Beobachtung der rechtsterroristischen Entwicklungen und Ansätze ist eine volle Referatsgruppe eingerichtet worden und bereits intensiv an der Arbeit. Die Beobachtung des Rechtsextremismus ist auch sonst intensiviert worden. Damit konnten die Infor-

mationsmöglichkeiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz deutlich verbessert werden.

Ich habe das Bundesamt für Verfassungsschutz angewiesen, die Beweislage zu prüfen, um bestimmte rechtsextremistische Organisationen verbieten zu können. Hilfreich wäre bei allen weiteren Bemühungen die Errichtung eines „Meldedienstes fremdenfeindliche Straftaten“ zwischen Bund und Ländern. Ziel dieses Meldedienstes sollte sein, die vor Ort gewonnenen polizeilichen Erkenntnisse gerade auch für effektive Bekämpfungsstrategien im Zusammenhang mit reisenden Mehrfachtätern besser zusammenzuführen und auszuwerten.

Notwendig ist aber auch, unvoreingenommen zu prüfen, ob in bestimmten Bereichen eine Verschärfung der Gesetze nötig ist. Auf den Prüfstand gehören

- die Verschärfung des Strafmaßes bei bestimmten Straftaten der Gewaltkriminalität, insbesondere in Fällen des Landfriedensbruchs und des schweren Landfriedensbruchs,
- die Erweiterung des Strafvorschrift zum Landfriedensbruchs auf Personen, die sich trotz Aufforderung der Polizei nicht aus einer gewalttätigen Menschengruppe entfernen,
- die Aufnahme der Tatbestände des Landfriedensbruchs in § 112a StPO, so daß in diesen Fällen eine Verhaftung wegen Wiederholungsgefahr möglich ist, und zwar auch ohne Vorverurteilung.

Personalie

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am Dienstag, 10. November 1992, den CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Keller zum Obmann für die Enquete-Kommission „Zukunft der älter werdenden Generation“ gewählt.

Forum im Konrad-Adenauer-Haus

„Bundeswehr der Zukunft“

Vor dem Hintergrund der fundamental veränderten geopolitischen Situation durch den Zusammenbruch des kommunistischen Machtgefüges diskutierten unter der Leitung des Beauftragten der CDU für die Bundeswehr und verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Paul Breuer, in Bonn die Bundeswehrbeauftragten der CDU und zahlreiche geladene Gäste die sich aus der sicherheitspolitischen Lage ergebenden Herausforderungen für die Bundeswehr der Zukunft, den politischen Auftrag deutscher Streitkräfte und das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht.

Paul Breuer stellte die neue sicherheitspolitische Lage Europas in den Mittelpunkt seiner Eröffnungsrede. Der scheinbare Widerspruch, daß durch den Zusammenbruch des kommunistischen Machtgefüges und den damit verbundenen Wegfall einer existentiellen Bedrohung dennoch der Friede in Europa nicht sicherer geworden ist, hat in der Gesellschaft und in der Bundeswehr erneut eine Diskussion um den Auftrag deutscher Streitkräfte ausgelöst. Breuer bezeichnete die Bundeswehr der Gegenwart „als die Bundeswehr der Einheit“. Sie stehe vor der Herausforderung, als Teil der Gesellschaft diese Einheit zu vollenden und zu gestalten. Sie muß sich innenpolitisch mit den Folgen der Reduzierung der Streitkräfte auf 370.000 Soldaten und der Bundeswehrverwaltung auf rund 150.000 Stellen auseinandersetzen, den übernommenen Soldaten der ehemaligen NVA die Chance der Integration in die Bundeswehr geben und erhebliche Bestände an Material und Munition der ehemaligen

NVA abgeben oder verschrotten. Breuer dankte allen Bundeswehrangehörigen, daß sie diese große psychologische und menschliche Herausforderung mit großer Beharrlichkeit meistern.

Breuer betonte, daß sich an dem Auftrag deutscher Streitkräfte, den Schutz der territorialen Integrität, der Sicherheit der Bürger und der freiheitlich-demokratischen Lebensordnung gegen äußere Gefahren zu gewährleisten sowie Bündnisverpflichtungen wirksam wahrzunehmen, nichts geändert habe.

Notwendig sei vor allem eine uneingeschränkte Akzeptanz der Streitkräfte in der Gesamtgesellschaft. Sie sei wesentliche Voraussetzung für die Motivation der Soldaten. Er betonte, daß diese Normalität Solidarität bedinge, woraus die Bereitschaft zum Einsatz im Bündnisgebiet und die Übernahme von Verantwortung in sonstigen Systemen kollektiver Sicherheit folge.

In seinem Referat ging Bundesverteidigungsminister Volker Rühle aktuell auf das Auftauchen einzelner Fälle von Rechtsextremismus in der Bundeswehr ein. Trotz der geringen Zahl dürfe das Problem nicht heruntergespielt werden. Er lehnte Gewalt als Mittel zur Problemlösung entschieden ab.

Der Minister betonte, daß Deutschland vom Zusammenbruch des expansiven Kommunismus am meisten profitiert habe, da es jetzt keiner unmittelbaren Existenzbedrohung mehr ausgesetzt sei. Gleichwohl stelle der ethnisch und religiös begründete gewaltsame Nationalismus in Europa und die desolote wirtschaftliche und ökologische Situation in den Entwicklungsländern eine unüber-

sichtliche, gefährliche Mischung dar. Risikovorwarnung müsse daher als erweiterte Schutzfunktion verstanden werden. Hieraus zog er die sicherheitspolitische Konsequenz, daß Sicherheit und Risikovorwarnung nur noch gemeinsam und kooperativ möglich seien. Er forderte eine grundlegende sicherheitspolitische Neuorientierung. Das Fundament unserer Sicherheit blieben der Nordatlantikpakt und die Europäische Gemeinschaft. Die Bundeswehr sei ein Instrument der Politik. Ihr Hauptauftrag bleibe die Landesverteidigung. Auch er befürwortete die Beibehaltung der Wehrpflicht, die die Bevölkerung mit ihren Streitkräften verklammere und Nachweis des Selbstbehauptungswillens eines freien, demokratischen und friedlichen Volkes sei. Rüge betonte den Aspekt der Bündnissolidarität. Über 40 Jahre lang hätte Deutschland recht selbstverständlich Schutz und Unterstützung seiner Alliierten genossen. Abschließend wies der Bundesverteidigungsminister darauf hin, daß sich Deutschland solidarisch handeln der

Völkergemeinschaft nicht verweigern dürfe. Vorrangig müßten bis Oktober 1993 die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, um die ersten Bataillone des Heeres für friedenserhaltende Missionen der Vereinten Nationen einsatzbereit zu haben. Mittel- und langfristig müsse die Bundeswehr allerdings auch in der Lage sein, sich mit Teilen an friedensschaffenden Einsätzen zu beteiligen. Der notwendige Umbau der Bundeswehr im Gesamtsystem müsse vor dem Hintergrund erfolgen, daß die Hinterlassenschaft des Kommunismus in Deutschland viel mehr koste als vermutet wurde. Auch die Bundeswehr müsse hier einen Sparbeitrag leisten. Vorrang erhielten diejenigen Truppenteile, die in besonderem Maße auf akute Erfordernisse zugeschnitten sein müssen. Im Spannungsverhältnis zwischen begrenzten Investitions- und Betriebsmitteln haben die Mittel für Ausbildung Priorität. Schließlich gelte es, die Lebensbedingungen für unsere Soldaten — besonders im Osten Deutschlands — zu verbessern.

Verfassungsschutz hat Ruh

Die rot-grüne Landtagsmehrheit hat soeben in Niedersachsen gegen die Stimmen von CDU und FDP ein neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen, mit dem das Aufgabengebiet des Verfassungsschutzes erheblich beschnitten wird.

Der niedersächsische Verfassungsschutz darf künftig nur noch extremistische Gruppierungen beobachten, die Gewalt anwenden wollen oder sich in „aktiv kämpferischer, aggressiver Weise“ gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigen. Die Überwachung zahlreicher verfassungsfeindlicher Organisa-

tionen, die sich aus Tarnungsgründen in der Regel in ihren öffentlichen Aktivitäten eben nicht militärisch artikulieren, wird damit abgeschafft.

Die rot-grüne Koalition setzte sich über massive Bedenken der Bundesregierung hinweg. Das Bundesinnenministerium hatte in drei Schreiben am 31. Mai 1991, am 9. März 1992 und zuletzt am 28. September 1992 darauf hingewiesen, daß in Niedersachsen nach dem neuen Gesetz zukünftig die Mehrzahl der rechtsextremistischen Organisationen, wie zum Beispiel die NPD und DVU, aber auch zahlreiche linksextremistische Gruppen nicht mehr beobachtet werden dürfen.

Heinz Riesenhuber:

Das hohe Niveau der deutschen Forschung muß gehalten werden

Anlässlich der Debatte im Deutschen Bundestag zum Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zur „Novellierung des Gentechnikgesetzes und der dazugehörigen Verordnungen zur Sicherung des Forschungs- und Industriestandorts Deutschland und der Wettbewerbsfähigkeit“ erklärte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber:

Deutschland hat ein hohes Niveau der Forschung in der molekularen Biologie, der Medizin und Pharmazie. Nach Einschätzung von internationalen Fachwissenschaftlern gehören neun deutsche Hochschulen und außeruniversitäre Einrichtungen zu den 50 weltweit führenden Einrichtungen auf dem Gebiet der Molekularbiologie. Deutschland liegt bei den Patenten in der Biotechnologie und Gentechnik mit ca. elf Prozent aller Patentanmeldungen auf Rang 3 nach den USA (ca. 42 Prozent) und Japan (ca. 18 Prozent). In den neuen Bundesländern wurden sechs außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gegründet, die Methoden der Gentechnik in der Medizin, Pharmazie und Biologie einsetzen.

Das hohe Niveau der Forschung muß gehalten werden. Eine ganz wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Forschungsstandort Deutschland sind rechtliche Rahmenbedingungen für die Forschung, die bei höchstmöglicher Sicherheit für Mensch und Umwelt wissenschaftliche Forschung und Nutzung der Gentechnik fördern. Diesen Zielen ist das Gentechnikgesetz vom Juni 1990 nur zum Teil gerecht geworden. Während es nach weltweit 20 Jahren Erfahrung im

Umgang mit der Gentechnik bisher keinen einzigen Unfall gegeben hat, klagen Wissenschaft und Wirtschaft über bürokratische Hemmnisse für die gentechnische Forschung und Produktion in Deutschland.

Das geltende Gentechnikgesetz ist, insbesondere bei den im Gesetz angelegten Verwaltungsverfahren, dringend verbesserungsbedürftig. Gentechnische Arbeiten, die nach der gesetzlichen Einstufung kein oder nur ein geringes Risikopotential haben, sollen deshalb nach dem Vorschlag der Regierungskoalition nicht mehr den derzeitigen Verfahrensbelastungen unterworfen werden.

Die bisherige Genehmigungspraxis bei den beiden unteren Risikostufen, auf die 97 Prozent aller gentechnischen Vorhaben entfallen, steht in bezug auf Aufwand, Zeitdauer und Kosten in einem krassen Mißverhältnis zu dem nicht vorhandenen bzw. äußerst geringen Risiko. Ohne Abstriche bei der Sicherheit kann daher der Verwaltungsaufwand in der Wissenschaft, in den Unternehmen, aber auch bei den Genehmigungsbehörden erheblich verringert werden.

Wissenschaftsorganisationen, unter anderem die Max-Planck-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen und Wirtschaftsverbände, unter anderem der Verband der Chemischen Industrie, die DECHEMA und der Deutsche Industrie- und Handelstag, sowie die IG-Chemie-Papier-Keramik und die wissenschaftlichen Fachgesellschaften fordern eine Novellierung des Gentechnikgesetzes.

Peter Hintze in Athen:

Die Bürger wollen Europa

Nach Auffassung von CDU-Generalsekretär Peter Hintze hat die Debatte um den Vertrag von Maastricht gezeigt, daß die Bürger Europa wollen. „Aber es muß demokratischer, subsidiär, föderal und solidarisch sein“, erklärte er auf dem 9. Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) in Athen. Dieses Europa zu bauen, sei die Verantwortung der Europäischen Christdemokraten. Wenn dies jetzt nicht gelinge, „droht der Rückfall in eine Politik kleinkariierter nationaler Egoismen“.

Peter Hintze forderte die christdemokratisch-konservativen Schwesterparteien der CDU darüber hinaus auf, sich stärker in ihren Ländern für den wirtschaftlichen Aufbau der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu engagieren. Deutschland habe bisher mit 80 Mrd. DM mehr als 50 Prozent der gesamten internationalen

Hilfe geleistet. Diese Belastungen müßten künftig auf mehr Schultern verteilt werden. Der CDU-Generalsekretär appellierte an die Solidarität der europäischen Partner und betonte dabei, daß der Begriff „Solidarität“ einen zentralen Wert christdemokratischen Denkens und Handelns sei.

Daher sei es mit finanziellen Hilfen allein nicht getan. Vielmehr müsse jetzt die konsequente Öffnung der heimischen Märkte für Produkte aus Osteuropa vorangetrieben werden. Hintze wörtlich: „Es wäre eine Schande, wenn wir die Chance auf ein friedliches und demokratisches Europa für ein paar Schweinehälften verspielen.“

In diesem Zusammenhang verurteilte der CDU-Generalsekretär auch die fehlende Kompromißbereitschaft der Industriestaaten bei der jüngsten GATT-Runde. Was sich Europa und Amerika derzeit in den GATT-Verhandlungen leisteten, sei „nicht mehr zu verantworten“.

Ausländer zahlen jährlich 90 Milliarden DM Steuern

Die deutsche Industrie und der CDU-Politiker Matthias Wissmann haben die Bedeutung der knapp zwei Millionen nicht-deutschen Arbeitnehmer unterstrichen. Laut Wissmann sind eine Million Ausländer im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, 400.000 im Dienstleistungsgewerbe, 161.000 im Handel sowie 154.000 am Bau. DIHT-Chef Hans Peter Stihl sagte in der Illustrierten „Bunte“: „Ausländer sind für die deutsche Wirtschaft

unentbehrlich. Sie zahlen jährlich 90 Milliarden Mark Steuern und Sozialversicherung. Teile des Dienstleistungssektors würden zusammenbrechen, könnten sie nicht auf ein großes Potential an ausländischen Arbeitnehmern zurückgreifen.“

Adenauer-Platz in Rostock

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock beschloß in ihrer Sitzung am 28. Oktober 1992 auf Antrag der CDU-Fraktion einen wichtigen Platz in Rostock nach Konrad Adenauer zu benennen.

Die Athener Erklärung

Der Kongreß der Europäischen Volkspartei hat am Freitag, dem 13. November 1992, in Athen die von der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament eingebrachte „Athener Erklärung“ (einheitslich) angenommen. In 25 Punkten definiert die Europäische Volkspartei in dieser Erklärung ihre Verantwortung und Aufgaben als Christliche Demokraten in einer sich verändernden Welt sowie ihre Vorstellung von der Europäischen Union.

Die EVP fordert eine Verfassung für die Europäische Union, die auf den Prinzipien der Demokratie, der Subsidiarität und des Föderalismus aufbaut. Eine solche Verfassung muß insbesondere folgende Elemente enthalten: eine Erklärung der Grundrechte des westeuropäischen Bürgers, eine bessere Abgrenzung der Befugnisse der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten sowie demokratische Verfahren für die Beschlußfassung und die Beziehungen zwischen den Organen. Für die EVP ist das Subsidiaritätsprinzip der Garant für ein bürgernahes Europa. Nur was nicht auf nationaler oder regionaler Ebene geregelt werden kann, soll auf europäischer Ebene entschieden werden.

Die Verteilung der politischen Entscheidungen nach dem Subsidiaritätsprinzip auf lokale, regionale, nationale und gemeinschaftliche Organe entspricht der föderalen Struktur der Gemeinschaft. Föderalismus ermöglicht die politische Einheit in Vielfalt und verhindert einen europäischen Zentralismus.

Die EVP fordert nachdrücklich die Beseitigung des demokratischen Defizits durch Übertragung eines vollständigen Mitent-

scheidungs- und Haushaltsrechts auf das Europäische Parlament, einschließlich eines allgemeinen legislativen Initiativrechts und erweiterte Kontrollfunktionen gegenüber der Kommission als Exekutive. Außerdem sollen die Ratssitzungen, wenn dieser als Gesetzgeber tätig ist, öffentlich sein und Änderungen der Gemeinschaftsverträge von der Zustimmung des Europäischen Parlamentes abhängig gemacht werden. Die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten soll verstärkt werden.

Die EVP bekräftigt nachdrücklich, daß die Vollendung des Binnenmarktes auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft ohne die Verwirklichung der sozialen Dimension unvollständig bliebe. Sie fordert die Umsetzung der Sozialcharta und definiert in zwölf Punkten die grundlegenden Elemente einer europäischen Sozialpolitik.

Die EVP betont die Verantwortung, die der Gemeinschaft für die Sicherheit ihrer Bürger zukomme. Kontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft und europaweite Zusammenarbeit der Polizei müssen das organisierte und grenzüberschreitende Verbrechen bekämpfen. Die EVP setzt sich für die Errichtung eines europäischen Polizeiamtes, EUROPOL, zur Bekämpfung aller Formen organisierter Verbrechen, ein.

Die EVP setzt sich für ein auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention vereinheitlichtes europäisches Asylrecht ein. Dies soll folgende Elemente enthalten:

- ein vereinheitlichtes Asylrecht für politisch Verfolgte in allen Staaten der Europäischen Union;

- eine gemeinsame Regelung zur vorübergehenden Aufnahme von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten;
- europäische Hilfsprogramme zur Beseitigung der Fluchtursachen in notleidenden Ländern,
- Hilfsprogramme der Gemeinschaft für Mitgliedstaaten, die massive Einwanderungsströme aus den Entwicklungsländern haben.

Die EVP unterstützt die Erweiterung der Gemeinschaft um beitriftswillige Länder. Diese müssen vier Bedingungen erfüllen: Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, eine angemessene wirtschaftliche Grundlage und die Übernahme des bereits erzielten Integrationsstandes, einschließlich der Ziele und Verpflichtungen des Maastrichter Vertrages. Die Vertiefung der Gemeinschaft durch das Inkrafttreten der Europäischen Union, die Verwirklichung des Delors-II-Pakets und die Annahme von Maßnahmen, die die Effizienz und demokratische Kontrolle der Institutionen verstärken, wird durch die Erweiterung um die wirtschaftlich leistungsfähigen und politisch stabilen EFTA-Staaten unterstützt.

Die EVP fordert die Kommission auf, möglichst bald ihre Stellungnahme zu den Beitrittsgesuchen Maltas und Zyperns vorzulegen.

Die EVP begrüßt die Assoziierungsverträge mit Ungarn, Polen, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik. Die EVP setzt sich für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern ein und ist bereit, beitriftswilligen und -fähigen Staaten Osteuropas eine klare Beitrittsperspektive zu geben.

Die EVP setzt sich für eine fest in der Gemeinschaft verankerte europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein. Diese

Zitat

Ein demokratisches und bürgernahes Europa

Im Zusammenhang mit dem Maastricht-Vertrag kommt es darauf an, daß wir gemeinsam alles tun, um das Bild eines demokratischen, eines bürgernahen Europa, das die nationale Identität, die Traditionen und Kultur der einzelnen Mitgliedstaaten respektiert, voranbringen. Maastricht ist nicht, wie gelegentlich gesagt wird, der Ausgangspunkt zu einem zentralistischen Europa. Keiner von uns will das. Wir wollen mit dem Maastricht-Vertrag auch in Zukunft als Europäer Deutsche, Briten, Italiener und Franzosen bleiben — und natürlich Europäer.

Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz in London

umfaßt nicht nur militärische, sondern auch politische und wirtschaftliche Aspekte. Im Hinblick auf die Verteidigung ist die Westeuropäische Union (WEU) ihr operativer Kern. NATO, Europäische Union, WEU und KSZE ergänzen sich zu einem europäischen Netz der Sicherheit und Verteidigung. Ein Einsatz europäischer Truppen, die auf Anfrage der europäischen Autoritäten handeln, muß durch Mehrheitsbeschluß des Europäischen Parlamentes abgedeckt sein.

Hinsichtlich ihrer Werte ist die EVP keine konfessionelle Partei. Sie wird von allgemeinen jüdisch-christlichen Werten geleitet. Ihr politisches Denken und Handeln orientiert sich an den Grundwerten Freiheit in Verantwortung, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Deutschlandtag der Jungen Union:

Hermann Gröhe erneut zum Vorsitzenden gewählt

Hermann Gröhe heißt der alte und neue Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands. Die 270 Delegierten wählten den 31jährigen Neusser mit 80 Prozent erneut in dieses Amt. Hermann Gröhe leitet den größten politischen Jugendverband seit 1989.

Zu seinen Stellvertretern wählte die Versammlung anschließend Christine Arlt-Palmer aus Baden-Württemberg (164 Stimmen/68 Prozent), Annett Drechsler (Brandenburg/113 Stimmen/53 Prozent), Udo Schuster aus dem Landesverband der Jungen Union Bayern (198 Stimmen/82 Prozent) sowie Michael Hahn aus (Ost-)Berlin (169 Stimmen/70 Prozent). Der Hesse Christian Fischer wurde mit 97 Prozent in das Amt des Schatzmeisters gewählt.

Beisitzer wurden in alphabetischer Reihenfolge Heinrich Böckelühr (Nordrhein-Westfalen), Klaus Escher (Rheinland-Pfalz), Georg Fahrenschon (Bayern), Beate Filipp (Bayern), Ilka Freitag (Sachsen-Anhalt), Madeleine Göhring (Hamburg), Robert Hauber (Baden-Württemberg), Axel Kalteich (Thüringen), Oliver Lang (Sachsen & Niederschlesien), Hans-Achim Michna (Niedersachsen), Burkhard Remmers (Niedersachsen) sowie Patrick Warnking (Saarland) und Klaus Welle (Nordrhein-Westfalen).

Im Rechenschaftsbericht Hermann Gröhes nahmen die gewalttätigen Anschläge auf Asylbewerber und Ausländer einen breiten Raum ein, er bezeichnete sie als „verabscheuungswürdig“. Jene, die

Gewalttaten gegen Ausländer begehen würden, müßten mit aller Härte verfolgt und bestraft werden, die JU-Aktion „Gewalt gegen Ausländer — Laß Dich nicht anstecken“ werde mit allem Engagement fortgesetzt.

Hermann Gröhe sprach sich weiterhin für eine Änderung des Grundgesetzes auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention aus. Dem dürfe sich die SPD nicht länger verweigern. Die Änderung allein reiche jedoch keinesfalls aus, es gelte, den „Immunschutz junger Leute gegen rechtsradikale Verführer“ zu stärken, indem vermehrte vorbeugende Anstrengungen in der Jugendsozialarbeit vorgenommen werden. Diese müßten auf eine Stärkung des Selbstbewußtseins, die Befähigung zur friedlichen Konfliktbewältigung und die Vermittlung von Werten zielen. Notwendig sei auch die Schaffung zusätzlicher sinnvoller Freizeitangebote. Leider werde die Förderung der Jugendarbeit oft als Luxusaktivität angesehen, von der man meine, man könne sie auf bessere Zeiten verschieben, kritisierte er. Dies könne die Junge Union nicht akzeptieren.

Hermann Gröhe lobte die Landesverbände in den neuen Ländern, „die unter schwierigen Bedingungen eine ganz tolle Arbeit leisten“. Gemeinsame Aufgabe müsse es sein, „immer wieder aufkeimenden Gefühlen der Entfremdung zwischen Ost und West entgegenzuwirken“.

Das Programm zum Auf- und Ausbau Freier Träger (AFT-Programm) wertete Hermann Gröhe als vollen Erfolg. Die Finanzierung dieses Programmes müsse



Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Jungen Union

für 1993 und 1994 weiter gesichert werden.

Das Motto des Deutschlandtages lautete „Kurs Europa“, der JU-Bundesvorstand legte den Delegierten einen Leitantrag zur Beratung vor. Eingeleitet wurde die Beratung durch JU-Bundesvorstandsmitglied Klaus Escher:

Escher kritisierte, die Tragweite des Maastrichter Vertrages sei bei der Bevölkerung nicht genügend transparent gemacht worden: „Wir hätten über Maastricht besser vor Maastricht diskutiert, als damit nach Dänemark zu beginnen“. Solche Entscheidungen dürften nicht „im ministerialbürokratischen Mief, sondern in demokratischen Stil zustande kommen“, so Escher, der „Glasnost in Brüssel“ einforderte.

Der Leitantrag, der von den Delegierten nach zweitägigen Beratungen und Änderungen nahezu einstimmig verabschiedet wurde, mache deutlich: „Wir brauchen ein neues europäisches Politikverständnis“. Dieses Thema könne man nicht

mehr nur auf politischen Frühschoppen behandeln. 1994 müsse es einen Wahlkampf zum Europäischen Parlament geben, „bei dem es wirklich um Europa geht“.

Weiterhin verlangt die Junge Union in ihrem Leitantrag „Kurs Europa“ ein demokratisches Europa, bei dem „die Subsidiarität gewahrt bleibt und allem Zentralismus einen Riegel vorschiebt“, so Escher, der auch Vizepräsident der Europäischen Jungen Christdemokraten ist.

Am Sonntagmorgen war einer langjährigen Tradition entsprechend der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, Gast des Deutschlandtages der Jungen Union. Nach einer kurzen Einführungsrrede stellte er sich wie immer den Fragen der jungen Leute. Im Mittelpunkt der Diskussion standen in erster Linie Fragen des Menschenrechtes. Kritik gab es an der Reise von Außenminister Kinkel nach China und an der Haltung der Türkei im Kurdenkonflikt.

Bundesamt für Naturschutz beschlossen

Das Bundeskabinett hat am 21. Oktober den von Bundesumweltminister Klaus Töpfer vorgelegten Gesetzentwurf über die Errichtung eines Bundesamtes für Naturschutz und zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Artenschutzes beschlossen.

Mit diesem Gesetz sollen die Aufgaben des Bundes im Bereich des Naturschutzes, insbesondere des internationalen Artenschutzes, in einer selbständigen Bundesoberbehörde zusammengefaßt werden. Für den Artenschutz waren bisher das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft sowie das Bundesamt für Wirtschaft zuständig.

Die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung im Bereich des Biotopschutzes und der Landschaftspflege erfolgte bisher durch die Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, die vollständig in dem neuen Bundesamt aufgeht.

Das Bundesamt für Naturschutz, das seinen Sitz in Bonn haben wird, soll folgende Aufgaben wahrnehmen:

- wissenschaftliche Unterstützung des Bundesumweltministers auf dem Gebiet des Naturschutzes, insbesondere der Pflanzen- und Tierökologie, des Biotopschutzes, der Landschaftsökologie, der Erholungsvorsorge sowie der Schutz- und Planungsinstrumente im internationalen Bereich;
- Vollzug des Artenschutzes im Zuständigkeitsbereich des Bundes, z. B. bei der Ein- und Ausfuhr geschützter Tiere und Pflanzen;
- administrative Unterstützung des Bundesumweltministers auf den Gebieten des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Bundesumweltminister Töpfer: „Mit der Konzentration des Natur- und Artenschutzes in einem Bundesamt können diese Aufgaben künftig effektiver wahrgenommen werden. Der Naturschutz erfährt durch die Verankerung in einer selbständigen Bundesoberbehörde eine eindeutige Aufwertung. Durch die vollständige Zuordnung der Vollzugsaufgaben im Artenschutz in den Geschäftsbereich eines Bundesministeriums wird künftig auf diesem Gebiet eine noch wirksamere Kontrolle möglich sein.“ ■

Neue Broschüre

„Unsere Erde im Wandel“

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat eine neue Broschüre zum Thema „Unsere Erde im Wandel“ herausgegeben. Auf 40 Seiten werden allgemein verständlich das System Erde mit Atmosphäre, Ozeanen und Eisregionen erläutert sowie die Auswirkungen des „Klimafaktors Mensch“ auf diese komplizierten Ökosysteme beschrieben. Schlagworte sind dabei Treibhauseffekt, Ozonloch und Zerstörung des tropischen Regenwaldes. Die Broschüre enthält ausgezeichnete Bilder und sehr anschauliche Funktionskizzen.

Die Broschüre ist ab 10. November 1992 in allen IC- und ICE-Zügen der Deutschen Bundesbahn zu finden und kann darüber hinaus auf schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden über:

Bundesminister für Forschung und Technologie
Heinemannstraße 2—12
5300 Bonn 2

Renten in den neuen Bundesländern steigen um 6,1 Prozent

Das Bundeskabinett hat am 21. Oktober auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm der 5. Renten Anpassungsverordnung für die neuen Bundesländer zugestimmt. Danach steigen zum 1. Januar 1993 die anpassungsfähigen Beträge der Renten aus der Rentenversicherung um 6,1 Prozent.

Die Steigerung entspricht den aktuellen Annahmen zur Entwicklung der durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter. Mit der Renten Anpassungsverordnung, die noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, werden zugleich die Renten der Unfallversicherung und die Leistungen der Kriegsopferversorgung entsprechend erhöht.

Mit der Renten Anpassung zum 1. Januar um 6,1 Prozent erreicht die Eckrente (45

Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst) in den neuen Bundesländern rund 66,1 Prozent der Eckrente West. Sie steigt von rund 1.120 DM auf rund 1.188 DM pro Monat. Die durchschnittliche Versicherungrente wächst damit auf 998 DM an, was gegenüber dem 30. Juni 1990 — dem Tag vor Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion — eine Steigerung von 110 Prozent bedeutet.

Das schlägt sich auch in den gestiegenen Rentenausgaben nieder: Während 1989 in der ehemaligen DDR 16,7 Milliarden Mark für Rentenzahlungen ausgegeben wurden, werden es 1993 insgesamt 53,5 Milliarden DM sein.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wertete die erneute Rentenhebung als „weitere wichtige Etappe auf dem Weg zum einigen Sozialstaat Deutschland“. Die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern gehörten eindeutig zu den ersten Gewinnern der Einheit. Das hätten sie auch verdient angesichts des Unrechts und der Entbehrungen, die sie während zweier Diktaturen über sich ergehen lassen mußten, erklärte Blüm.

Aus dem Arbeitsprogramm der KAS

Veranstaltung Nr. 302

Der Schutz von Natur und Umwelt als Zukunftsaufgaben in den neunziger Jahren — Herausforderungen für Städte und Gemeinden

Fachtagung für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich

Bildungszentrum Schloß Eichholz
29. November bis 1. Dezember 1992

Einige der Themen:

- Umwelt- und Naturschutz als Herausforderung für die Politik

- Giftschleuder oder unverzichtbarer Bestandteil zukünftiger Entsorgungskonzepte? Vor- und Nachteile von Müllverbrennungsanlagen
- Hat sich das Duale System in der Praxis bewährt?
- Umweltpolitik und Medien — Kommunale Umweltpolitik als Gegenstand der Lokalpresse

Weitere Informationen/Anmeldung:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331, 5047 Wesseling

Neue Beitragsbemessungsgrenzen für 1993

Das Bundeskabinett hat am 21. Oktober auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für das Jahr 1993 verabschiedet.

Danach wird die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, entsprechend der Steigerungsrate der Brutto-lohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Jahre 1991, in den alten Bundesländern von 6 800 DM monatlich im Jahre 1992 auf 7 200 DM monatlich in 1993 (86 400 DM jährlich) und in den neuen Bundesländern von bisher 4 800 DM auf 5 300 DM monatlich (63 600 DM jährlich) in 1993 steigen.

In der knappschaftlichen Rentenversicherung gilt ab 1993 in Westdeutschland eine Beitragsbemessungsgrenze in Höhe von 8 900 DM monatlich (106 800 DM jährlich). In Ostdeutschland wird sie monatlich 6 500 DM (78 000 DM jährlich) betragen. (Die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Krankenkasse betragen 75 v. H. der Beitragsbemessungsgrenze

in der gesetzlichen Rentenversicherung.

In der gesetzlichen Krankenversicherung in Westdeutschland gilt deshalb 1993 eine Beitragsbemessungsgrenze in Höhe von 5 400 DM und in den neuen Bundesländern in Höhe von 3 975 DM.)

Die Verordnung, welche noch der Zustimmung des Bundesrats bedarf, aktualisiert ferner die Bezugsgröße der Sozialversicherung, eine allgemeine Rechengröße, nach der sich unter anderem die Geringfügigkeitsgrenze bemißt. Die Bezugsgröße wird in den alten Bundesländern auf 3 710 DM und in den neuen Bundesländern auf 2 730 DM festgesetzt.

Damit steigt die Geringfügigkeitsgrenze (Beiträge zur Sozialversicherung werden nicht entrichtet) in den alten Bundesländern von 500 DM auf monatlich 530 DM sowie in den neuen Bundesländern von 300 DM auf monatlich 390 DM. Die Geringverdienergrenze (Arbeitgeber trägt Beiträge zur Sozialversicherung allein) bleibt in den alten Bundesländern bei 610 DM, während sie in den neuen Bundesländern von 370 DM auf 450 DM steigt.

Neue Kommission beschlossen

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird das Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ bereits seit langer Zeit von den verschiedenen Gruppen intensiv diskutiert. Der geschäftsführende Fraktionsvorstand hat beschlossen, eine „Kommission Nachwachsende Rohstoffe“ einzurichten, die die Fachleute der verschiede-

nen Arbeitsbereiche der Fraktion zusammenführen soll, um eine gemeinsame Diskussion über aktuelle Fragen der „Nachwachsenden Rohstoffe“ herbeizuführen.

Diese Kommission soll unter Vorsitz von Dr. Probst arbeiten, der während seiner Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium detaillierte Kenntnisse im gesamten Bereich der Nachwachsenden Rohstoffe erworben hat.

Die „Quedlinburger“ sind wieder da

Die „Quedlinburgs“ sind wieder da: Unter dem Motto „Mit Durchblick alles im Griff“ spielt die Fernsehfamilie die Hauptrolle in einer Informationskampagne des Bundesministeriums für Familie und Senioren in den neuen Bundesländern, die nach einem Jahr jetzt wieder aufgenommen wurde.

Die Kampagne vermittelt Informationen über die familienpolitischen Leistungen der Bundesregierung, macht in Fernsehspots und durch Zeitungsannoncen auf Rechte aufmerksam und auf die Möglichkeiten, diese wahrzunehmen. „Mit etwas Tatkraft kann der einzelne Bürger auch in angespannten Zeiten viele Belastungen vermeiden — vorausgesetzt, er kennt seine Rechte und nimmt sie wahr“, betonte die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch. Fünfmal in der Woche kurz vor den

20-Uhr-Nachrichten sind im MDR, NDR und ORB Spots zu einschlägigen Themen zu sehen: Um „Haustürgeschäfte“, „Mutterschutz“, „Erziehungsgeld“, „Krankheit des Kindes“, „Alleinerziehende“ und „Hilfe im Pflegefall“ geht es in den kommenden Wochen. An den Wochenenden werden die Themen in Tageszeitungsanzeigen aufgegriffen, die ausgeschnitten und abgeheftet werden können.

Die Info-Kampagne mit den Quedlinburgs läuft noch bis zum 12. Dezember 1992.

Informationskampagne des Bundesministeriums für Familie und Senioren in den neuen Bundesländern: Fernsehspots und Zeitungsanzeigen informieren über familienpolitische Leistungen

Sprachförderung für Aussiedler sichergestellt

Zu den Einschränkungen der Eingliederungsleistungen für Aussiedler in der 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes erklärt die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gertrud Dempwolf: Es sind schmerzhaft Einschnitte, die aber nicht zu vermeiden waren. Ich bin froh, daß der Bund die durch die 10. AFG-Novelle eingeführte Eingliederungshilfe für Aussiedler und die Kosten der Sprachförderung übernimmt. Damit ist eine finanzielle Grundlage in den ersten Monaten nach der Aussiedlung und der Kern der Sprachförderung sichergestellt.

Grundsätzlich erhalten Aussiedler ab 1993 eine pauschale Eingliederungshilfe, die der Höhe nach ungefähr einer pauschalierten Arbeitslosenhilfe entspricht.

Sie wird für die Dauer von max. 156 Tagen — 6 Monate — gezahlt. Beispielsweise erhält ein Alleinstehender ohne Kind 819,— DM, ein Ehepaar mit Kind zusammen 1.695,— DM Eingliederungshilfe. Die Sprachförderung wurde auf sechs Monate gekürzt. Dies stellt zwar die Träger der Sprachförderung vor nicht unerhebliche organisatorische Schwierigkeiten. Ebenso bedeutet diese Einschränkung sicher für einige Aussiedler eine gewisse Erschwernis beim Erlernen der deutschen Sprache. Aber die Träger der Deutschkurse können durch einen konzentrierten und effizienten Lehrplan einen Ausgleich schaffen. Außerdem ist es in den Herkunftsländern mittlerweile leichter geworden, Deutsch zu erlernen oder die Deutschkenntnisse zu verbessern.

Christian Schwarz-Schilling:

Telekom investiert in Sachsen-Anhalt 1,7 Milliarden DM

„Gerade im Telekommunikationsbereich lassen sich die Anstrengungen, aber auch die Erfolge beim Aufbau einer modernen Infrastruktur besonders deutlich erkennen“, erklärte der Bundesminister für Post und Telekommunikation, Christian Schwarz-Schilling, anlässlich eines Besuches in Sachsen-Anhalt.

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung gab es für die drei Millionen Einwohner sowie die Wirtschaft von Sachsen-Anhalt lediglich rund 283.000 Telefonanschlüsse. Ende 1992 sollen es über 430.000 sein. Allein in diesem Jahr werden 115.000 Anschlüsse neu installiert. Dazu kommen 2.123 öffentliche Telefonzellen. Für 69.000 Wohnungen wird bis Ende Dezember die Möglichkeit der Verkabelung geschaffen.

1992 werden allein in den Hochbau 250 Millionen Mark investiert; die wichtigsten 14 Bauten sind digitale Fern- und Teilnehmervermittlungsstellen. Die Einführung von neuen Diensten wie Btx und ISDN ist für Mitte nächsten Jahres geplant.

„So wie in allen neuen Bundesländern“, erklärte Schwarz-Schilling, „sichert auch in Sachsen-Anhalt der Aufbau eines leistungsfähigen Post- und Fernmeldewesens nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch Aufträge und damit Arbeitsplätze. Bis Ende September 1992 wurden in diesem Land für 1,7 Mrd. DM 1.967 Aufträge vergeben, davon 1.604 an Firmen aus den neuen Bundesländern.“

Dirk Fischer:

Planungen für Verkehrswege demnächst zügiger

Planungen und Bau von Verkehrswegen — auch des umweltfreundlicheren Verkehrsträgers Schiene — dauern in den alten Bundesländern heute 10 bis 20 Jahre. Leistungsfähige Verkehrswege im gesamten Bundesgebiet herzustellen, ist jedoch nach Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands so dringend wie kaum jemals zuvor. Zusätzlich gilt, vor allem den neuen Anforderungen gerecht zu werden, die auf die Bundesrepublik Deutschland als wichtigstes Transitland in der Mitte Europas nach Vollendung des EG-Binnenmarktes und der Öffnung der osteuropäischen Staaten zukommen. Unser Gemeinwesen muß dazu bei den Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur wieder handlungsfähig werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte anlässlich der Beratungen des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes gefordert, auch das umfangreiche Planungsrecht in den alten Bundesländern einer kritischen Prüfung zu unterziehen und Gesetzesänderungen vorzulegen. Das vom Bundeskabinett am 4. November 1992 beschlossene Planungsvereinfachungsgesetz ist daher nachhaltig zu begrüßen. Mit ihm verbindet sich die Hoffnung, daß bald die Planungen zügiger durchgeführt und wichtige Vorhaben der Verkehrsinfrastruktur schneller verwirklicht werden können. Dies gilt insbesondere für die Ost-/West-Verkehrsverbindungen, die ganz Europa zugute kommen.

Reform der Verkehrsmarktordnung in Richtung EG-Binnenmarkt

Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik begrüßt die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Deregulierung der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP zur Reform der Verkehrsmarktordnung. Die Vorschläge sind von besonderem Gewicht für die Schaffung gerechter Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Verkehrsträger im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes.

Hervorzuheben ist auch mit Blick auf die konkurrierenden Verkehrsträger, daß die Kontingente des Straßengüterverkehrs bis zur Marktsättigung aufzustocken sind, um dann zu entscheiden, ob auch dieses

Straßengüterverkehr, die Eisenbahnen und die Binnenschifffahrt wird folgen.

Der Bundesfachausschuß ist sich dabei bewußt, daß die deutsche Verkehrsmarktordnung schrittweise und vorhersehbar an die Regeln des EG-Binnenmarktes angepaßt werden muß, da die Märkte für den nationalen und grenzüberschreitenden Verkehr mehr und mehr integriert werden. Bei dieser Angleichung des nationalen Ordnungsrahmens sind die Bedingungen zur Durchführung von Beförderungen von großer Bedeutung. Dabei stellen die Beförderungsentgelte einen wichtigen Teil dar; denn die freie Preisbildung ist für die Schaffung eines freien Verkehrsmarktes unerlässlich. Dem dient die Aufhebung der obligatorischen Beförderungstarife im innerdeutschen Verkehr.

Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik der CDU hat auf seiner letzten Sitzung den folgenden Beschluß verabschiedet.

Marktsteuerungsinstrument ganz entbehrlich ist. Die Aufstockungen sollen sich an der Entwicklung der EG-Kabotage, am öffentlichen Verkehrsbedürfnis, an der verkehrswirtschaftlichen Marktlage und an der Entwicklung in den neuen Ländern orientieren.

Der Bundesfachausschuß nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß erste Schritte zur Umsetzung dieser Vorschläge von seiten der Bundesregierung durchgeführt wurden. So trat bereits eine Vereinheitlichung der Konzessionen für den Straßengüterverkehr und die Erweiterung der Nahzone von 50 km auf 75 km in Kraft. Die Aufhebung der Gütertarife für den

Der Bundesfachausschuß ist jedoch der Auffassung, daß auf dem Wege zum EG-Binnenmarkt das nach wie vor bestehende Defizit in der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen endlich behoben werden muß. Ein (weitgehend) liberalisierter Verkehrsmarkt kann ohne Wettbewerbsgleichheit nicht funktionieren. Die politische Entscheidung zur überfälligen Fiskalharmonisierung im europäischen Straßengüterverkehr muß noch in diesem Jahr getroffen werden. Hierzu gehört neben der Angleichung der Mineralölsteuer und einem einheitlichen Mindestsatz für die Kraftfahrzeugsteuer die Möglichkeit, Straßenbenutzungsgebühren nach den individuell verursachten Kosten, also nach dem Territorialitätsprinzip, zu erheben. Diese allein gerechte Aufbringung der Wegekosten erfordert eine europäische Lösung.

Weihnachtswerbemittel

DIGITAL-
Classic

DDD

CDU 160000

Musik

AUS EUROPA

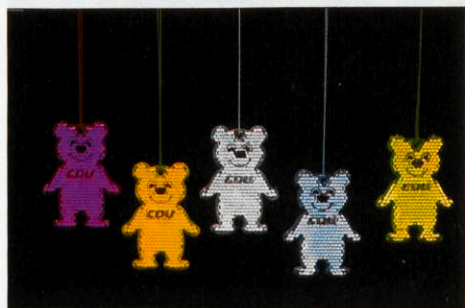
Mozart, Beethoven, Vivaldi, Chopin, Tschaikowsky, Bach und viele mehr



Bestell-Nr.	Artikel	Verpackungs-einheit	Preis
8013	Weihnachtsposter	50	18,50 DM
2867	Weihnachtsliederbuch	25	18,75 DM
9453	Weihnachtspostkarte	100	9,90 DM
9450	Weihnachts-CD	1	6,40 DM
9362	Winterschal	5	47,25 DM
9544	Musik aus Europa, CD	1	6,40 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu im Angebot:



● Reflektorbärchen

Ein aktiver Beitrag zur Sicherheit
im Straßenverkehr für unsere Kinder

Bestell-Nr.: 9558

Verpackungseinheit: 25 Stück

Preis je Einheit: 34,90 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold



● Geschenkpapier

Damit können Sie die
Geschenke festlich verpacken

Bestell-Nr.: 9592

Verpackungseinheit: 20 Bogen

Preis je Einheit: 19,60 DM

UID

36/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel.
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjens,
Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn,
Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln,
Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis:
jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung:
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.